

# Bundesbauminister Ramsauer plant Fonds für geschlossene Standorte

## Strukturschwache Gebiete sollen Ausgleich bekommen

MENGEN/BERLIN (sz) - Nach Bekanntwerden der Standortschließungen von Sigmaringen und Mengen/Hohentengen und der Reduzierung auf 20 Dienstposten in Meßstetten sucht der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen, Thomas Bareiß, nach Mitteln und Wegen, um möglichst viel für die betroffenen Städte zu erreichen. So hat Bareiß Bundesbauminister Peter Ramsauer getroffen, um dessen Vorstoß, einen Fonds für die von Standortschließungen betroffenen Kommunen zu gründen, ausgiebig zu diskutieren.

Dabei ist vorgesehen, dass die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden der Bundeswehr in guten Lagen in einen Fonds fließen sollen, aus dem dann die strukturschwachen Gebiete einen Ausgleich bekommen. Dafür soll ein eigener Finanzierungskreislauf in Gang gesetzt werden. Ramsauer und Bareiß sind sich einig: „Wir müssen für die Konversion zusätzliche Finanzierungsquellen erschließen, an-

ders lassen sich die Gelder nicht aufbringen.“ In der vergangenen Woche hat sich zudem auch die Arbeitsgruppe „Standortzukunft“ gegründet, die aus Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besteht, die von den Standortschließungen betroffen sind. Die Arbeitsgruppe will erreichen, dass alle Städte und Regionen mit einem von Bund und Ländern getragenen Konversionsprogramm die Chance erhalten, an ihrem jeweiligen Standort positive Strukturveränderungen zu entwickeln. Bareiß fordert, dass die Gründe für die Standortschließungen transparent gemacht und die Übergangsszenarien und Zeitschienen für jeden Standort dargelegt werden. „Wichtig ist, dass die Kommunen von Beginn an in das kommende Planungsverfahren eingebunden werden. Dafür benötigen wir auch die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, um einen direkten Ansprechpartner zu haben. Unsere Kommunen müssen Planungssicherheit bekommen!“, so Bareiß.